

Trends der Informationsgesellschaft und ihre Konsequenzen für die Öffentlichen Bibliotheken: Überlegungen im Hinblick auf die Internet-Einführung und -Nutzung¹⁾

Achim Oßwald

1. Einleitung

Die Rolle der Öffentlichen Bibliotheken²⁾ in der Informationsgesellschaft zu reflektieren ist für Praktiker wie für Ausbilder ein Muß. Schließlich gestalten wir durch unser Handeln diese Rolle mit. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, zusammen mit Ihnen, Praktikern aus diesem Bereich, das Thema diskutieren und reflektieren zu können.

Es liegt nahe, das Thema „*Trends der Informationsgesellschaft und ihre Konsequenzen für die Öffentlichen Bibliotheken*“ recht systematisch anzugehen. Deshalb werde ich

- zuerst Aussagen darüber machen, was denn eigentlich die oder eine „Informationsgesellschaft“ ist,
- auf dieser Grundlage vor dem Hintergrund des Programmes Info 2000 der Bundesregierung zusammenfassen, welche Spezifika und Entwicklungen nach Expertenmeinung die Informationsgesellschaft auszeichnen und
- daraus schließlich Konsequenzen zu der folgenden Frage ableiten: Welche Rolle spielen öffentliche Bibliotheken in der Informationsgesellschaft? – vielleicht sollte man besser sagen: Was müssen öffentliche Bibliotheken tun, um auch weiterhin und auch in der Informationsgesellschaft eine Rolle zu spielen?
- Am Beispiel der Internet-Nutzung in öffentlichen Bibliotheken werden diese Überlegungen diskutiert und in 9 Thesen zusammengefaßt.

Ich werde also davon absehen, eher allgemein philosophische Überlegungen anzustellen – wie dies beispielsweise von Oswald Wiener vor dem Verlegerausschuß gemacht wurde (Wiener 1996). Ich werde allerdings auch nicht eine faktenreiche Zusammenstellung von Einsatzzahlen präsentieren, die als Indizien für den Weg in die Informationsgesellschaft herangezogen werden (beispielsweise ZVEI / VDMA 1995). Diese unterstelle ich als Hintergrund der jeweiligen Politiküberlegungen. Für uns haben solche Datensammlungen eher indirekte Handlungsrelevanz.

2. Informationsgesellschaft – Versuch einer kurzgefaßten Erklärung

Vor mir haben sich schon viele andere der Mühe unterzogen, das wesentliche der Informationsgesellschaft zusammenfassend zu formulieren – so beispielsweise der vom Bundeskanzler berufene „Rat für Forschung, Technologie und Innovation“³⁾. Diesen Umstand möchte ich mir zunutze machen. Dieser Rat besteht aus einer Sammlung handverlesener Experten, die der Bundesregierung als eine

Art Brainpool zur Seite stehen und grundsätzlichere Überlegungen in die Politik einbringen können. In seinem im Dezember 1995 veröffentlichten Bericht „INFORMATIONSGESELLSCHAFT. Chancen, Innovationen und Herausforderungen. Feststellungen und Empfehlungen“ wählte er die folgende Formulierung zum Thema Informationsgesellschaft:

„Der Ausdruck ‚Informationsgesellschaft‘ bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Informationen und Wissen einschließlich wachsender technischer Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation eine entscheidende Rolle spielen. Maßgebliche Faktoren dieser Entwicklung sind die Technik, z. B. in Form des Auf- und Ausbaus von Informationsleitungsnetzen (‚Infobahnen‘ oder ‚Datenautobahnen/Information Highways‘) und der Entwicklung nutzerfreundlicher Mensch-Maschine-Schnittstellen, die Wirtschaft, z. B. im Produktions- und Dienstleistungsbereich (‚Multimedia‘), und die Arbeitswelt, z. B. in Form des Wandels von Berufs- und Beschäftigungsfeldern und des Entstehens neuer Arbeitsformen (‚Telearbeit‘), ferner alle kulturellen Formen der Gesellschaft, z. B. in den Bereichen Bildung, kulturelle Angebote sowie Umwelt, Wohnen und Verkehr. Dabei muß die Informationsgesellschaft politisch gesehen eine *demokratische* Gesellschaft bleiben, wirtschaftlich gesehen ihre *ökonomische Leistungsfähigkeit* erheblich steigern und kulturell gesehen eine *Wissensgesellschaft* mit einer entsprechenden Informations- und Medienkultur werden.

Mit der Informationsgesellschaft beginnt auch ein neues Zeitalter, das Informationszeitalter. Die Arbeits- und Lebensformen ändern sich weit fundamentaler, als dies vielen Menschen heute noch erscheinen mag; die Welt ändert sich, nicht nur in ihren technologischen, sondern auch in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen. Durch die fortschreitende Vernetzung dieser Strukturen werden die räumlichen und zeitlichen Grenzen der Welt relativiert, Wohnen und Arbeiten gehen neuartige Symbiosen ein (mit entsprechenden Konsequenzen für Architektur und Städteplanung), der Transport vieler physischer Güter in Raum und Zeit wird überflüssig. Virtuelle Nachbarschaften beleben das globale Dorf. Der Computer wird Teil des individuellen und gemeinsamen Lebens, Internet und Multimedia sind überall. Allerdings gilt auch vom Informationszeitalter: Wie die Photographie nicht die Malerei, der Rundfunk nicht die Oper und das Fernsehen nicht das Kino ersetzt haben, so werden auch die neuen Medien nicht das Buch und andere gewohnte Medien ersetzen, sondern sie, mit neuen individuellen Spielräumen, ergänzen.“ (Rat 1995: 11f)

Das Zusammenwachsen von Computertechnik, Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und audiovisuellen Medien kennzeichnet also den Wandel zur Informationsgesellschaft. Information wird zum vierten Wirtschaftsfaktor neben Rohstoffen, Arbeit und Kapital. Der Weg in diese Informationsgesellschaft wird in den hochindustrialisierten Ländern als ein Kernstück ihrer Entwicklung im 21. Jahrhundert und damit auch als eine der größten Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angesehen.

Zentral an der politischen Sicht der Informationsgesellschaft ist, daß es hier um die Konkurrenzfähigkeit von Volkswirtschaften und damit um wirtschaftlichen Erfolg geht. Ein wesentlicher Teilaspekt davon sind neue Arbeitsplätze. Diese sind der gesellschaftspolitische Hebel, um die Umorientierung der Gesellschaft auf die Informationsgesellschaft zu forcieren. Im O-Ton der Bundesregierung lautet das dann so:

„Zur Förderung der Aufgeschlossenheit breiter Bevölkerungskreise gegenüber der Informationsgesellschaft ist es erforderlich, dem einzelnen und der Allgemeinheit im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen den Nutzen der modernen Informationstechniken vor Augen zu führen.“ (Zusammenfassung Info 2000:8)

Die Rolle der Öffentlichen Bibliotheken in einer derart aufgeschlossenen Gesellschaft hat uns zusammengeführt. Auf sie werde ich nachher ausführlicher eingehen. Doch lassen Sie mich zuerst noch einige wesentliche Trends der Informationsgesellschaft nennen.

3. Trends der Informationsgesellschaft

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Informationsgesellschaft sind, wie angesprochen, die Ausweitung und gleichzeitige Konvergenz von technologischen Entwicklungen, die als gemeinsame Basistechnologie die Digitalisierung von Daten nutzen. Ob diese Daten tatsächlich zu Informationen werden (können), ist ganz wesentlich abhängig von ihrer Weiterverarbeitung, Aufbereitung und ihrer Bereitstellung zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Das Wort Informationsgesellschaft unterstellt, daß dies immer möglich ist und stattfindet. Hierzu ist die Unterscheidung zwischen der reinen Bereitstellung von (ungenutzten) Daten und handlungsrelevanter Information notwendig (vgl. grundlegend hierzu Kuhlen 1989).

Bei der konkreteren Betrachtung der Trends der Informationsgesellschaft werde ich die folgenden drei Bereiche in den Mittelpunkt stellen:

- die technologische Ebene,
- die wirtschaftliche Ebene sowie die
- gesellschaftliche und kulturelle Ebene.

3.1 Technologische Ebene

Die technologische Ebene mit ihren Entwicklungen im Informations- und Kommunikationsbereich ist wesentlich für die Entwicklung der Informationsgesellschaft.

Nicht nur aus Sicht der Bundesregierung (vgl. Info 2000:16) sind dies unter anderem:

- die Erzeugung, Speicherung und Verarbeitung von Informationen jeglicher Art in digitaler Form (Mikroelektronik, Optoelektronik, Computertechnik, Software), deren Zusammenführung häufig auch mit dem Stichwort Multimedia⁴⁾ ausgedrückt wird,
- die – idealerweise komprimierte – Online-Übertragung großer Datenmengen über immer leistungsfähigere Netze (also die vielzitierten „Datenautobahnen“ (vgl. Canzler / Helmers / Hoffmann 1995), konkreter das Zusammenspiel von Breitband-, Satelliten- und Mobilfunkkommunikation) sowie
- die Entwicklung von benutzerfreundlichen Mensch-Maschine-Schnittstellen, damit die genannten Anwendungen tatsächlich auch praktisch zum Tragen kommen und damit funktional und ökonomisch Wirkung zeigen.

Im engeren Kontext der Informationsverarbeitung wird häufig noch ein weiterer Aspekt erwähnt, der für die Bereitstellung und Nutzung von Daten an Bedeutung gewinnt:

- Der Möglichkeit des Zugriffs auf verteilte Datenbestände unter einer gemeinsamen Oberfläche und ohne Notwendigkeit, deren eventuell unterschiedliche Datenstrukturen kennen zu müssen.

Die derzeit wohl am weitesten verbreitete und dadurch bekannteste Umsetzung dieser Möglichkeiten findet im Internet sowie bei den kommerziellen Online-Diensten statt. Allerdings muß man sich vergegenwärtigen, daß alles, was wir dort derzeit erleben, nur den Einstieg in dieses technisch möglich gewordene Zusammenwachsen von Computertechnik, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik ist. Die technischen Innovationen als solches, aber auch die darauf aufbauenden Anwendungen verweisen auf die wirtschaftliche Ebene der Informationsgesellschaft.

3.2 Wirtschaftliche Ebene

„Der Begriff ‚Informationsgesellschaft‘ steht für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der der produktive Umgang mit der Ressource ‚Information‘ und die wissensintensive Produktion eine herausragende Rolle spielen.“ (Info 2000:15). Hier kommt die angesprochene wirtschaftspolitische Sicht zum Ausdruck, die Movers insbesondere der Aktivitäten der Europäischen Union (EU) und der Bundesregierung ist.

Information wird damit zu einem zentralen Produktionsfaktor neben anderen Produktionsfaktoren wie Boden, Rohstoffe, Kapital und Arbeit. Verbunden mit der nahezu weltweiten Möglichkeit, derartige Informationen auszutauschen verliert die Standortfrage bei der Herstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen an Bedeutung. Da die Informationstechnik branchenunabhängig relevant ist, gelten diese Entwicklungstendenzen für fast alle Wirtschaftsbereiche.

„Auch die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen werden dadurch unscharf. Ausgehend von den mit Informationsinhalten, ihrer Übermittlung und ihrer Verarbeitung befaßten Branchen läßt sich ein eigenständiger Bereich abgrenzen“ (Info 2000:16), der als *Informationswirtschaft* bezeichnet wird und in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen ist. Die aus Info 2000 entnommene Abbildung 1 (dort Abb. 2:17) zeigt zentrale Bereiche der Informationswirtschaft, wie sie von der EU und der Bundesregierung gesehen werden.

Parallel zum technologischen Wandel verändert sich auch der Arbeitsmarkt. Auch die Bundesregierung meint, daß sich die Frage, wieviel Arbeitsplätze durch diesen Wandel neu geschaffen oder sich ändern werden, nicht konkret beantworten lasse. Absehbar sei jedoch, daß – ähnlich wie in anderen Ländern, beispielsweise USA und Großbritannien – durch die geplante Liberalisierung im Telekommunikationsbereich die Zahl der Arbeitsplätze im bislang geschützten Monopolbereich zurückgehen werde. Studien der OECD zeigten jedoch, daß auf der anderen Seite bei neuen Wettbewerbern Arbeitsplätze entstehen.

EU-weit sollen durch informationsbezogene Technologien und Anwendungen bis zum Jahre 2010 bis zu 6 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Auf die BRD entfallen danach im günstigsten Fall etwa 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze

Abb. 1 (Quelle Info 2000, S.17)

Informationswirtschaft ¹⁾		
Informationsinhalte	Informationsübermittlung	Informationsverarbeitung (IV)
<ul style="list-style-type: none"> • Informationsdienstleistungen (u. a. Datenbanken) • Druckerzeugnisse (u.a. Bücher, Zeitungen, Zeitschriften) • Audiovisuelle Medien (Film, Video, TV, Audio) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunikationsnetze (einschl. Satelliten- und Mobilfunknetze) • Kommunikationsdienstleistungen (Basis- und Mehrwertdienste) 	<ul style="list-style-type: none"> • Mikroelektronik • Informationsverarbeitungssysteme • Kommunikationssysteme • Unterhaltungselektronik • Industrieelektronik • Software • IV-Dienstleistungen

BMW i - AG Info - ¹⁾ Die Abgrenzung orientiert sich an der Definition der Europäischen Kommission

(Info 2000:53). Über die quantitative Verteilung dieser Beschäftigungsmöglichkeiten auf verschiedene Qualifikationsniveaus ist bislang nur wenig zu erfahren. Für den Bibliotheksbereich sind dabei nach Stock (1996) keine zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse zu erwarten.

Schlüsselfaktoren für eine derartige Entwicklung sind nach einer vom Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegebenen Studie des ifo-Instituts neben der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Informationswirtschaft mindestens die

- Geschwindigkeit der Einführung und Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken in Wirtschaft und Verwaltung,
- Infrastrukturentwicklung und Preisgestaltung bei neuen Diensten und Anwendungen,
- Einigung auf technische Standards,
- Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und
- Akzeptanz bei privaten Haushalten (Info 2000:53).

Welche Schwierigkeiten sich insbesondere aus dem letztgenannten Punkt ergeben können, haben wir jüngst eindrucksvoll im Zusammenhang mit dem Digitalfernsehen erlebt – besser gesagt durch die mangelnde Nachfrage nach ihm. Hiermit deutet sich auch der dritte Schwerpunktbereich an.

3.3 Gesellschaftliche und kulturelle Ebene

Menschen aller Altersstufen und Bildungsgrade müßten die Chance erhalten, an den Entwicklungen teilzunehmen, die durch den Einsatz der Informations-

und Kommunikationstechnik im privaten, **gesellschaftlichen, kulturellen, politischen** und beruflichen Bereich möglich werden. Dies **zumindest** formuliert die Bundesregierung in Info 2000 (S. 50f). Dabei gelte es, von staatlicher Seite darauf zu achten, daß gleiche Zugangschancen für alle gewährleistet seien. Der Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der viele die neuen Techniken nutzen können und andere dazu nicht befähigt seien, solle entgegengewirkt werden. Vergleichbare Zielsetzungen haben auch die von der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände 1995 in (Iöttingen verabschiedeten Grundsätze, die in der programmatischen Schrift „*Bibliotheken im Zeitalter der Datenautobahnen und internationalen Netze*“ formuliert wurden. Insofern scheint dieses Bemühen um gesellschaftlich gleichen Zugang zu den Netzen und Medien sowie den dort angebotenen Daten zumindest programmatisch ein gesellschaftlicher Konsens zu sein.

Umgekehrt sind damit aber auch die Problembereiche angesprochen, die sich aus der Entwicklung zur Informationsgesellschaft ergeben (können). Damit das politische Postulat auch wirklich zum Tragen kommt, ist politisches Handeln, sind konkrete Maßnahmen nötig.

Dem Bildungswesen in all seinen Stufen sowohl im staatlichen (Bund, Länder, Kommunen) wie im nichtstaatlichen Bereich kommt dabei aus Sicht fast aller Beteiligten eine besondere Aufgabe und Bedeutung zu.⁵⁾ Ein wesentlicher Aktionsbereich ist deshalb die sogenannte *Bildungsoffensive*, die zum Ziel hat, die über Bildungseinrichtungen (vorzugsweise die Schulen) erreichbaren Bevölkerungsgruppen auf die Informationsgesellschaft vorzubereiten. Ein wesentliches Ziel dabei ist, Medienkompetenz zu vermitteln. Auffallenderweise hat sich die Bundesregierung damit jenes Aktionsfeld ausgesucht, in dem sie wegen der Kulturhoheit der Länder allenfalls begrenzte Aktionsmöglichkeiten im Sinne von Initialisierung sowie Strukturfrderung hat. Schon vor, spätestens aber zeitlich parallel mit dem Bund haben einzelne Länder Initiative auf diesem Gebiet gezeigt. Diese hier darzustellen würde den Rahmen der vorliegenden Analyse sprengen. Eine derartige Untersuchung wäre jedoch wünschenswert, um zu überprüfen, inwieweit hierdurch wirklich eine eigenständige oder komplementäre Förderpolitik ergriffen wurde.

Wenn die Grundannahme stimmt, daß für die erfolgreiche Aktivierung der Potentiale der Informationsgesellschaft die Vermittlung von Medienkompetenz Voraussetzung ist – dies hatte der Rat für Forschung, Innovation und Technologie der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben – dann müssen im Jahr 2000 zwei Drittel aller Arbeitnehmer Computerkenntnisse am Arbeitsplatz haben. Manche dieser Arbeitnehmer werden das in der Schule gelernt haben, die meisten jedoch durch Fort- und Weiterbildung. Medienkompetenz bedeutet allerdings wesentlich mehr als die erfolgreiche Bedienung einer arbeitsplatzbezogenen Anwendungssoftware. Sie schließt generell mit ein:

- „die erforderlichen Geräte und Programme technisch zu handhaben,
- den Nutzen von Hard- und Software einzuschätzen,
- die Fähigkeit, aus den inhaltlichen Angeboten nutzbringend und verantwortungsbewußt auszuwählen,
- die jeweilige ‚Mediensprache‘ verstehen und analysieren zu können,
- den Wirklichkeitswert der vermittelten Information abzuschätzen.“ (Info 2000:89)

Vor dem Hintergrund der **wirtschaftspolitischen Realitäten** und all jenen Erfahrungen, die wir in den **vergangenen Jahrzehnten** bei der Einführung von In-

formationstechnologie gemacht haben, wird deutlich, daß die letzten 2 oder 3 Punkte im Arbeitsalltag der meisten Arbeitnehmer nur eine untergeordnete Rolle spielen und vermutlich auch spielen sollen. Das macht nicht zuletzt auch das folgende Zitat deutlich:

„Aus- und Weiterbildung in der Informationsgesellschaft muß vor allem schnell, bedarfsgerecht und effizient organisiert werden, da nur die ständige Anpassung an den Stand der Technik einen Ausbildungsvorsprung im internationalen Wettbewerb ermöglicht. Wichtig ist vor allem eine arbeitsplatzbezogene Aus- und Weiterbildung.“ (Info 2000:89)

Ein so auf Anpassungsbildung reduzierter Bildungsbegriff – der spätestens seit den 80er Jahren auch im Kontext der Politik des Bundesministers für Forschung und Technologie (BMFT) transportiert wird – ist auch jener, auf den in den politischen Plänen und Aktivitäten zur Umsetzung der informationstechnischen Möglichkeiten Bezug genommen wird. *Damit aber werden Angebote zur Allgemeinbildung oder für eine Beschäftigung mit Neuen Medien ohne direkte Nützlichkeits-erwägungen ausgegrenzt.* Aus einschlägigen Untersuchungen wissen wir jedoch genau, daß dies häufige Gründe sind, das Medienangebot einer öffentlichen Bibliothek zu nutzen. Indirekt also werden so auch wesentliche Funktionen von öffentlichen Bibliotheken relativiert, um nicht zu sagen ignoriert.⁶⁾

4. Öffentliche Bibliotheken und die Informationsgesellschaft – kritische Sichten von außen

4.1 Die politische Wahrnehmung

Trotz einer nachfolgend konkretisierten kritischen Sicht darf festgehalten werden, daß viele deutsche Bibliotheken schon längst und seit Jahren große Schritte in Richtung Informationsgesellschaft machen. Darüber geben die konzeptionellen Beiträge großer Stadtbibliotheken wie Köln, Düsseldorf, Stuttgart oder Paderborn, aber auch vieler kleinerer öffentlicher Bibliotheken, die seit Jahren in unseren Fachzeitschriften veröffentlicht und diskutiert werden, einen profunden Eindruck. Auch die seit Jahren immer wieder aufkommende Diskussion über die Frage, welchen Stellenwert digitale Medien grundsätzlich und in Relation zu den Printmedien beim Bestandsaufbau haben sollten, ist zumindest ein Indiz für dieses sich verändernde Bewußtsein. Bibliothekartage, Bibliothekskongresse und viele andere überregionale und regionale Veranstaltungen reflektieren seit Jahren die mit der Informationsgesellschaft verbundenen Entwicklungen häufig auch in der wünschenswerten Breite und Tiefe.

Und dennoch: Die Wahrnehmung in der politischen Öffentlichkeit ist eine andere. Im Gegensatz zu den genannten Diskussionsergebnissen sowie den Zielsetzungen, die beispielsweise in „Bibliotheken '93“ (bdb 1993) oder in anderen verbandspolitischen Äußerungen (dbv 1995 und bdb 1995) formuliert wurden, sind insbesondere die bundespolitischen Verlautbarungen zur Rolle der öffentlichen Bibliotheken mehr als desillusionierend. *Die programmatisch beanspruchte, aktive und zukunfts-offene Rolle der öffentlichen Bibliotheken gibt es dort so gut wie nicht.* So werden sie beispielsweise nicht in die Bemühungen um Förderung von Medienkompetenz einbezogen, sondern statt dessen wird in Info 2000 den Bibliotheken – hier sind öffentliche Bibliotheken gemeint – im Zusammenhang mit den

Anwendungsfeldern moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ein ganz anderes Aufgabenfeld zugewiesen, nämlich das der „*Bürgerinformation und öffentliche Leistungserwaltung*“⁷⁾. Dies ist sicher auch ein wichtiger Arbeitsbereich von öffentlichen Bibliotheken, irritierenderweise aber wird die Rolle der öffentlichen Bibliotheken im Bildungsbereich so gut wie nicht erwähnt und konzeptionell auch nicht ausgefüllt.⁸⁾ Vor dem Hintergrund ihres tatsächlichen Arbeitsfeldes kann dies nicht allein auf den Umstand zurückgeführt werden, daß in einem Bundesprogramm kommunalen Einrichtungen normalerweise keine konzeptionell tragende Rolle zugewiesen wird.⁹⁾

Interessanterweise entwickelt die Politik hierbei eine fast dichotome Sicht, in der die öffentlichen Bibliotheken fast verloren gehen. Sie unterscheidet zwischen Kultureinrichtungen (unter anderem Medien wie TV-Anstalten) und Bildungseinrichtungen (Schulen, Fach- und andere Hochschulen, vielleicht noch Volkshochschulen, vor allem jedoch freie Bildungsträger). In dieser Sichtweise spielen Bibliotheken keine Rolle. Und dies obwohl vom eingangs schon zitierten „Rat für Forschung, Innovation und Technologie“ gerade die drängenden kulturellen Veränderungen deutlich herausgearbeitet wurden¹⁰⁾ und öffentliche Bibliotheken sich über Jahrzehnte als jene Einrichtungen verstanden, die eine Brücke zwischen dem um Bildung – im Sinne von Aus-, Fort-, Anpassungs- und Weiterbildung – bemühten Bürger und jenen gesellschaftlichen Einrichtungen darstellen, die derartige Bildungsangebote machen – ob non-profit oder kommerziell ausgerichtet.

Warum ist es dazu gekommen? Meine *These* lautet:

Die Bundespolitik traut den meisten öffentlichen Bibliotheken einfach nicht zu, diesen gesellschaftlich relevanten Bildungsauftrag umzusetzen und die Bürger an die Möglichkeiten der Informationsgesellschaft heranzuführen. Weder ihre finanzielle und technische Ausstattung noch das Know-how und ebensowenig das Auftreten ihrer Mitarbeiter haben ein Image erzeugt, das öffentliche Bibliotheken in dem jetzt relevant gewordenen Kontext zu einem wichtigen „Player“ hätten werden lassen.

Bleibt unter solchen Vorzeichen für die öffentlichen Bibliotheken überhaupt noch ein ernstzunehmender Platz? Vermutlich nur dann, wenn sie bereit sind, neue Wege zu gehen, wenn sie ihren verschiedenen Zielgruppen Gelegenheit geben, Bedarfe nach neuen Medien zu entwickeln und zu artikulieren. Denn zwischen der Politik des großen Geldes und dem Ignorieren der Entwicklung gibt es einen Bedarf, der erst mittelfristig als Kaufnachfrage artikuliert werden wird. Er ist eher erkundend als zielgerichtet, mehr spielerisch als zweckgerichtet, mehr vergleichend und bewertend als im Vorhinein festgelegt. Sein Ziel ist es, Erfahrungen zu sammeln, situativ den Nutzen der neuen Medien und Informationsangebote zu erleben und auf diese Weise eine auf Erfahrungen begründete Einschätzung zu entwickeln. Mittelfristig wird dieses Interesse zu marktrelevanter Nachfrage. Solche Erfahrung stellt ein gesellschaftliches Sediment dar, auf dem sich die *Informationsgesellschaft* vermutlich weit besser begründen läßt als auf Konzepten, die allein auf Nützlichkeit und wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet sind. Über politische „Öffentlichkeitsarbeit“ allein könnte derartiges nie erreicht werden.

Wichtig scheint mir dabei vor allem, daß es aus Sicht der Bürger zu einer Selbstverständlichkeit wird, daß in öffentlichen Bibliotheken alle Arten von Medien vorhanden und nutzbar sind. Dies bedeutet **Kompetenz** in allen Angebotsformen – und insbesondere bei jenen neuen Medien, bei denen die Nutzer der

Bibliotheken Unterstützung und Rat brauchen. Aus Sicht so mancher Kollegen wird dies als eine zu einseitige Schwerpunktsetzung verstanden werden.¹¹⁾ Aus meiner persönlichen Sicht ist es eine naheliegende Gewichtung, die keineswegs außer acht läßt, daß zumeist mehr als 80 Prozent des Medienbestandes Bücher sind. Deren Vorhandensein ist für die Bürger sowieso selbstverständlich.

Im folgenden werde ich Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die öffentliche Bibliotheken erwiesenermaßen aus dieser drohenden Sackgasse herausführen können. Hierzu bediene ich mich vor allem einer im Jahre 1996 entstandenen und jüngst veröffentlichten Studie der EU, die von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren wesentlich miterarbeitet wurden. Daneben werde ich in der bundesdeutschen und internationalen Fachliteratur dokumentierte Erfahrungen von Bibliotheken auf diesem Gebiet heranziehen.

4.2 *Die selbstkritische Wahrnehmung durch Fachkollegen: Feststellungen beim EU-Workshop „Öffentliche Bibliotheken und die Informationsgesellschaft“*

Unter dem Titel „*Öffentliche Bibliotheken und die Informationsgesellschaft*“ veranstaltete die EU am 8. Juli 1996 einen Workshop in Luxemburg, zu dem erste Ergebnisse und Empfehlungen in einer Studie vorgestellt wurden, die von der Dänischen Bibliotheksschule in Kopenhagen aus diversen Einzelstudien aus EU-Ländern¹²⁾ zusammengestellt worden ist.¹³⁾ Ausgangspunkt der Studie war die immer wieder postulierte Zielperspektive der Informationsgesellschaft, daß alle Bürger jederzeit und an jedem Ort Zugang zu jeder öffentlich verfügbaren Information haben sollten.

In diesem Ansatz ist ein *Bibliothekskonzept* formuliert, dessen oberstes Ziel es ist, *Daten beziehungsweise Informationen bereitzustellen*. Ob diese nun digitalisiert oder gedruckt vorliegen, ist zweitrangig. Damit ist nach Ansicht der Autoren die Aufgabe der Bibliotheken in der Informationsgesellschaft vergleichbar zur Situation in der Industriegesellschaft.

Wenn sich Bibliotheken wirklich als kulturelle Einrichtungen verstünden, dann sei es eine wichtige Funktion als demokratische Institutionen, den aktuellen Zugang zu Information für alle bereitzustellen und auf diese Weise auch die Kluft zwischen den „Informierten“ und den „Uninformierten“ zu überbrücken.

Aus Sicht der Autoren ist im Zusammenhang mit den Aktivitäten um die Informationsgesellschaft eine klare Chance für die öffentlichen Bibliotheken gegeben, sich zu profilieren. Dabei könne die „örtliche Bibliothek ... eines der Bindeglieder zwischen einer nationalen Informationspolitik und ihrer Umsetzung vor Ort sein“ (Workshop 1996:28). Die Voraussetzungen für eine solche Rolle werden aus ihrer Sicht ganz wesentlich von den Bibliotheken selbst bestimmt. Nur so könne der Umstand erklärt werden, daß es entsprechende „Vorzeigebispiele“ in verschiedenen Ländern gibt, die sich von der gängigen Rolle der öffentlichen Bibliotheken in diesen Ländern abheben. Wesentliche Gründe hierfür seien

1. frühzeitige Automatisierung,
2. damit verbundene Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen beim Personal sowie
3. ein gutes Management.

Neben den unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen könnten aber die meisten Hindernisse für eine derartige Entwicklung und Funktionsübernahme durch öffentliche Bibliotheken auf der nationalen Ebene überwunden werden. Zwar mangle es an Unterstützung durch die Politik sowie an adäquater Finanzausstattung, aber auch an erkennbarer Kompetenz des Bibliothekspersonals. Die Autoren behaupten nun, es gebe wesentliche Erfolgsfaktoren, die öffentliche Bibliotheken beachten müssten, um ein hohes Niveau ihrer elektronischen Dienste zu erreichen:

1. *Einstellungswandel*: Es ist ein Wandel von einer defensiven zu einer proaktiven Einstellung des Personals gegenüber der Informationstechnologie erforderlich.
2. *Verbesserung von Fachkenntnissen und Kompetenzen des Personals*.
3. *Finanzierung neuer Dienste* durch Bereitstellung von Mitteln und Erarbeitung von Modellen für neue Budgetprioritäten. (nach Workshop 1996:29)

Die Konkretisierung dieser Faktoren mündet in Empfehlungen, in denen – warum bleibt offen – die Frage der Finanzierung zugunsten der der Entwicklung von Technologien und Werkzeugen weiter verfolgt wird.

Die Studie kommt dabei zu den folgenden Empfehlungen:

„A. Einstellungswandel

- Definition neuer Aufgaben sowie von Strategien, um diese zu realisieren;
- Austausch von Personal auf nationaler und europäischer Ebene;
- Organisation von Studienreisen, um beispielhafte Einrichtungen zu besichtigen und Modellösungen zu diskutieren;
- Einleiten von Pilotprojekten;
- Definition angemessener Dienste-Niveaus für verschiedene Bibliothekstypen;
- durch Nutzung vorhandener Netze Verbreitung von Wissen über neue, für Bibliotheken relevante Entwicklungen der Informationstechnologie zur Sensibilisierung für aktuelle Trends;
- Organisation europäischer Workshops unter Beteiligung von Bibliothekaren und Politikern;
- Zusammenstellung und kritische Beurteilung nationaler und regionaler Informationsstrategien in europäischen Ländern
- Unterstützung in den Fällen, in denen die offizielle Politik nicht energisch genug ist, sowie Hilfe bei der Formulierung einer verbindlichen nationalen Politik und bei der Erarbeitung von Vernetzungsstrategien.

B. Verbesserung von Fachkenntnissen und Kompetenz des Personals

- Konzertierte Entwicklung neuer Lehrpläne für Berufsausbildung und Unterricht;
- Fernunterricht;
- autodidaktische Lernprogramme;
- Qualifikation der Ausbilder auf europäischer Ebene.

C. Entwicklung von Technologien und Werkzeugen

- Entwicklung von Werkzeugen für eine bessere Deckung des Informationsbedarfs spezifischer Benutzergruppen;
- Entwicklung von Werkzeugen für die Benutzerschulung;
- Werkzeuge für den Informationsberater;
- ‚Workbench für den Bibliothekar‘ zur Organisation und Präsentation von Information mit Hilfe von Multimediasystemen via Netz;
- eine allgemein anwendbare Konzeption, die Zugang für verschiedene Benutzertypen bietet, unabhängig von ihren Fachkenntnissen oder ihrem kulturellen und linguistischen Hintergrund.“ (Workshop 1996:29f)

So manche der Feststellungen sind sofort nachvollziehbar. Selbstkritisch möchte ich mit der Ausbildung beginnen und verdeutlichen, daß unsere Ausbildungsgänge in der Bundesrepublik in vielen Punkten reformbedürftig sind. Dies wurde in den letzten Jahren zwar angepackt, könnte aber sicher schon in einem fortgeschritteneren Stadium sein. Studienreform ist ein schwieriges Unterfangen und vermutlich – das wäre eine genauere Untersuchung wert – gibt es Parallelen zwischen der Veränderungsbereitschaft an den bibliothekarischen Ausbildungseinrichtungen und der an den Bibliotheken selbst. Ein sicher nur bedingt signifikantes Beispiel ist die Bereitschaft von Ausbildern, sich auf die von den Bibliotheken erwarteten technologischen Veränderungen einzulassen. Sei es PC- oder Internet-Nutzung, nach beidem fragen zu dürfen, muß erlaubt sein und wird gerade auch von Studenten beobachtet. Schließlich werden auch die Bibliotheken an solchen Aspekten gemessen.

4.3 Konkretisierung der Zielvorstellungen: Ein „Green paper“ der EU in Vorbereitung

Den Kontext der politischen Unterstützung auf EU-Ebene wird sicher das „Green Paper on the Role of Libraries in the Information Society“ konkretisieren. Es wurde von Eluned Morgan als Konsequenz aus dem von ihr verfaßten Bericht „The Information Society, Culture and Education“ vorgeschlagen.¹⁴⁾ Ziel des Green Paper, für das mittlerweile Daten aus den verschiedenen EU-Staaten gesammelt wurden, wird es sein, die Diskussion darüber anzuregen, auf welche Weise Bibliotheken am besten die Informationsbedürfnisse der Bürger durch Vermittlung eines Zugangs zu digitalen Ressourcen befriedigen können (vgl. <http://www2.echo.lu/libraries/en/green.html>). Es darf erwartet werden, daß dieses Green Paper sowie die Vorbereitungen zu seiner Erstellung auch die Diskussion in Deutschland deutlich stimulieren werden.

Schon heute jedoch lassen sich Konsequenzen aus den vorliegenden Analysen und Erfahrungen für die bibliothekarische Praxis in öffentlichen Bibliotheken ziehen. Im nachfolgenden Kapitel werden in einem auf Thesen basierten Ausblick solche Konsequenzen vorgeschlagen.

5. Konsequenzen für die Internet-Einführung und Nutzung an öffentlichen Bibliotheken

Die nachfolgenden Thesen basieren auf dem gleichberechtigten Nebeneinander der neuen Dienstleistungs- und Medienangebote und den bislang schon eingeführten Angeboten.

These 1

Eine öffentliche Bibliothek, die keinen Zugang zu den elektronischen Kommunikationsnetzen – und das gilt insbesondere für das Internet – anbietet, wird früher oder später in Legitimationsschwierigkeiten kommen.

Erläuterung:

Wesentlicher Grund für diese Einschätzung ist der Umstand, daß aus Sicht der kommunalen Geldgeber wie auch der Kunden von öffentlichen Bibliotheken es immer selbstverständlicher wird, daß eine öffentliche Bibliothek neben Printmedien auch andere, elektronische Offline- und Online-Medienangebote, macht. Dies scheint in Teilen unabhängig davon zu sein, ob diese Medienangebote tatsächlich inhaltlich attraktiv sind. Aus Sicht der Nutzer beziehungsweise Kunden werden Bibliotheken demzufolge auch danach beurteilt, inwieweit sie die Möglichkeit bieten, neue Medienangebote zu erkunden und Erfahrungen im Umgang mit diesen zu sammeln. Aus Sicht vieler Geldgeber ist eine Finanzierung von bislang allein auf Printmedien orientierten Bibliotheken nur dann noch attraktiv, wenn diese sich durch neue Angebote und Dienstleistungen als fortschrittlich und am gesamtgesellschaftlichen Trend orientiert darstellen können. (Kommunal-)Politiker erhoffen sich davon sicher auch einen Imagegewinn.

These 2

Im Gegensatz zu dem häufig postulierten Anspruch sind die neuen Online-Medienangebote nicht oder zumindest nur begrenzt selbsterklärend. Dies gilt sicher auch für die Offline-Medienangebote. Öffentlichen Bibliotheken kommt deshalb die Aufgabe zu, diese Angebote zu sichten, aus ihnen auszuwählen und schließlich ihre Benutzung nach zielgruppenspezifischen Kriterien zu bewerten. All dies sollte mittels transparent gemachter Kriterien erfolgen.

Erläuterung:

Viel weniger als bei Printmedien gibt es bislang verlässliche und allgemein akzeptierte Kriterien (wie beispielsweise das Renommee bestimmter Verlage), die als indirekte Selektionshilfen herangezogen werden können. Die Stabilität von Anbietern und Angeboten ist noch weniger gewährleistet als im Printbereich. Daraus ergibt sich eine nahezu permanente Notwendigkeit zur Analyse und Bewertung sowie regelmäßigen Überprüfung schon bewerteter Angebote.

Die Einschätzung der Angebote kann sich zwar methodisch auf die Vorarbeiten im wissenschaftlichen Bereich (beispielsweise IBIS-Projekt) stützen, die inhaltlichen Kriterien müssen jedoch im Hinblick auf die von öffentlichen Bibliotheken angesprochenen Zielgruppen modifiziert werden. Prototypisch für ein solches Vorgehen sind beispielsweise die Bemühungen des Projektes BINI in Bremen zu nennen.

These 3

Die Bereitstellung von Online-Informationsdiensten löst nicht nur technisch-organisatorischen Personalbedarf aus, sondern auch die Notwendigkeit, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Bibliotheken in der Lage sind – oder in die Lage versetzt werden –, inhaltliche und medienpädagogische Kompetenzen beim Umgang mit diesen Informationsangeboten zu zeigen. Hierfür bietet sich unter anderem die Kooperation mit klassischen Bildungsanbietern auf der kommunalen Ebene an.

Erläuterung:

Wie andere Medienangebote in den öffentlichen Bibliotheken auch erzwingen die neuen Informationsangebote medienspezifische Kompetenzen, um das Angebot erfolgreich erläutern und kommunizieren zu können. Der Aufgabenbereich gewinnt zusätzliche Bedeutung durch den Umstand, daß, wie oben schon angesprochen, sich zusätzlicher Informations- und Erläuterungsbedarf aus der Neuheit der Angebote wie der Angebotsform, der Veränderungshäufigkeit und nicht zuletzt der mangelnden Bewertungstransparenz innerhalb der Angebote ergibt. Selbstverständlich sind öffentliche Bibliotheken nicht die einzigen Einrichtungen, die Kompetenz auf diesem Gebiet erworben haben oder erwerben. Potentiell konkurrierende Einrichtungen auf der kommunalen Ebene sollten daher im beiderseitigen Interesse eher Kooperationsmöglichkeiten suchen, als Kapazitäten in einem fruchtlosen Wettstreit zu vergeuden. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um kommunal finanzierte Einrichtungen handelt. Ziel dieser Einrichtungen sollte es sein, die sich gegenseitig befruchtenden Elemente gerade auch den kommunalen Geldgebern zu verdeutlichen und daraus gemeinsam Aktivitäten abzuleiten.

These 4

Die informationsbezogenen Ausbildungsstätten in Deutschland haben derzeit noch zu wenig Abgänger, die den genannten Bedarf abdecken können.

Erläuterung:

Dies hat mehrere Gründe: Bislang gibt es immer noch zu wenig Studentinnen und Studenten, die gerade auch die Arbeitsmarktdimension dieser Orientierung aufgreifen und sich vor einem solchen Hintergrund gezielt qualifizieren wollen. Allerdings wird hier eine rasche Veränderung erkennbar. Noch hemmender erweisen sich jedoch die Prozeduren zur Veränderung der entsprechenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, so daß derzeit eher noch das reaktive Verhalten dominiert. Dabei sollte in Betracht gezogen werden, daß eben auch die Ausbildungsstätten insgesamt von der Entwicklungsgeschwindigkeit der angesprochenen Veränderungen überrascht und in Teilen sicher auch überfordert waren.

These 5

Die Aufgabe der Selektion und Bewertung können öffentliche Bibliotheken nicht einzeln und auch nicht nur im kommunalen Verbund bewältigen. Daraus ergibt sich eine gesteigerte Notwendigkeit zur Kooperation unter öffentlichen

Bibliotheken, aber auch mit wissenschaftlichen Bibliotheken und anderen Einrichtungen. Diese ist aufgrund der Möglichkeiten der Kommunikationsnetze noch mehr als bislang auf überregionaler Ebene möglich und notwendig.¹⁵⁾

Erläuterung:

Die Erfahrungen aus dem Bereich wissenschaftlicher Bibliotheken können hier grundsätzlich übertragen werden, da sie typisch für die Netzstrukturen sind. Neben dem Gemeinsamen wird es sicher auch weiterhin kommunale beziehungsweise direkte lokale Schwerpunkte für die Auswahl von Informationsangeboten geben (wie community information? freenets)? im Ansatz jedoch dominiert die Notwendigkeit zur Kooperation.

These 6

Auch für die neuen Online-Angebote muß der Grundsatz der Informationsfreiheit zum Tragen kommen. Deshalb ist es eine Verpflichtung der öffentlichen Bibliotheken, den in allen politischen Äußerungen zur Informationsgesellschaft anklingenden Anspruch aller Bürger auf gleichen Zugang zu diesen Informationen konkret umzusetzen.

Erläuterung:

Die Kunden von öffentlichen Bibliotheken nutzen vermutlich aus zwei wesentlichen Gründen die dort angebotenen Medien: Nirgendwo sonst sind diese Angebote so günstig zugänglich. Nirgendwo sonst aber wird auch so selbstverständlich unterstellt, daß das Angebot eine seriöse Vorauswahl aus dem gesamten Marktangebot darstellt. Dieses Image der Auswahlkompetenz gilt es tatsächlich auf Offline- wie auf Online-Angebote auszudehnen.

Gegenüber den Geldgebern der öffentlichen Bibliotheken muß verdeutlicht werden, daß nirgendwo sonst und von keiner anderen Einrichtung als den öffentlichen Bibliotheken in der Gesellschaft dieser Zugang für eine so breite Zielgruppe erreicht wird. Kein noch so günstiger anderer Serviceanbieter kann dieses Ziel erreichen, da keine andere Einrichtung bislang eine derart breit gestreute öffentliche Anerkennung erfährt.

These 7

Die Finanzierung der neuen Online-Informationsangebote zwingt die öffentlichen Bibliotheken zu veränderten Konzepten, da andernfalls das Online-Angebot zu Lasten bisheriger Angebote gehen würde. Hierbei gilt es, allein schon wegen der Finanznöte der Kommunen, neue Kooperationspartner zu finden. Ein wesentliches politisches Ziel sollte dabei sein, die Kommunen davon zu überzeugen, daß sie für die Vergabe von Leitungs- und Wegerechten Gegenleistungen aus den Gewinnen der sich entwickelnden lokalen Kommunikationsgesellschaften und Serviceanbieter einfordern sollten.

Erläuterung:

Dem angesprochenen Tauschgeschäft der Kommunen kommt nicht nur eine aktuelle, sondern vor allem mittelfristige Bedeutung zu, die die Informationsdienstleistungen stabilisiert und somit auch die Arbeit der Bibliotheken erleich-

tert. Im Hinblick auf das vermehrte Einbringen und die Nutzung von lokalen Angeboten wird sich dieses vordergründige Entgegenkommen der Leitungsanbieter und Serviceprovider für diese schon bald auch finanziell rechnen.

These 8

Die Bereitstellung der technischen Voraussetzungen für die Nutzung von Online-Diensten in öffentlichen Bibliotheken geht in ihrer Komplexität weit über die der privaten Nutzung hinaus. Dies muß bei der Einführung berücksichtigt und finanziell sowie personell abgesichert werden.

Erläuterung:

Sowohl die Bereitstellung der zur Nutzung relevanten Anwendungsprogramme wie auch deren Einbindung in die örtlichen datentechnischen, rechtlichen, finanzierungsbezogenen sowie anderen organisatorischen Gegebenheiten verkompliziert den Zugang zu Online-Diensten. Hierbei lösen softwaretechnische Probleme einen permanenten Servicebedarf aus, der mit zusätzlichem Personal abgedeckt werden muß. Eine Kooperationschance für die öffentlichen Bibliotheken besteht allerdings in dem Umstand, daß sie durch ihre lokale Klientelorientierung von Konkurrenzgedanken unbelastet ihre Erfahrungen weitergeben können.¹⁶⁾

These 9

Spätestens die angesprochene Entwicklung im Kontext der Online-Informationdienste wird uns dazu führen, die Spartenorientierung der Ausbildung und unseres gesamten Bibliotheksdenkens aufzugeben und statt dessen vorzugsweise auf Funktionen orientierte Angebote zu entwickeln.

Erläuterung:

Dies bietet bessere Chancen für alle: für die Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungseinrichtungen, für die Anpassungsqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlichen Bibliotheken, damit aber auch für die Zukunftsorientierung der öffentlichen Bibliotheken selbst. Die Umorientierung ermöglicht eine bessere Bündelung der Ausbildungsressourcen, indem die in vielen Punkten unproduktive Aufteilung der Ausbildung auf die verschiedenen Sparten des Bibliotheksgebietes und verwandte Anwendungsbereiche beispielsweise der Dokumentation oder der Informationswirtschaft mittelfristig überbrückt wird.

6 Literatur

Babliak 1997

Babliak, Ulrich: Internet in der Stadtbibliothek Köln. – In: Tröger, Beate (Hrsg.): Weiter auf dem Weg zur Virtuellen Bibliothek! Praxis, Projekte, Perspektiven. 2. InetBib-Tagung der Universitätsbibliothek Dortmund und der Fachhochschule Potsdam Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation vom 10. bis 11. März 1997 in Potsdam, Dortmund u. Potsdam 1997, 89–91

bdb 1993

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (Hrsg.): Bibliotheken '93. Strukturen – Aufgaben – Positionen. Leipziger Fassung; <Leipzig>, Juni 1993

bdb 1995

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (Hrsg.): Bibliotheken im Zeitalter der Datenautobahnen und internationalen Netze, Göttingen 1995

dbv 1995

Deutscher Bibliotheksverband e. V., Landesverband Baden-Württemberg (Hrsg.): Öffentliche Bibliotheken auf der Schwelle des Informationszeitalters. Zehn Thesen zur Funktion der Öffentlichen Bibliotheken, Heidelberg 1995

Canzler / Helmers / Hoffmann 1995

Canzler, Weert; Helmers, Sabine; Hoffmann, Ute: Die Datenautobahn – Sinn und Unsinn einer populären Metapher. Projektgruppe Kulturraum Internet, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1995 (Veröffentlichungen der Abteilung „Organisation und Technikgenese“ des Forschungszentrums Technik–Arbeit–Umwelt des WZB; FS II 95–101)

Dugall 1996

Dugall, Berndt: Buildings, Books, and Bytes. (Rezension) – In: ABI-Technik 16 (1996) 4, 435–437

Geffers 1997

Geffers, Gerlinde: Erstaunliche Beliebtheit. Erste qualitative Infas-Studie. – In: BuB 49 (1997) 1, 14

Green paper 1997

EU / European Parliament / DG XIII: Green Paper on the Role of Libraries in the Information Society, March 1997 Elektronische Version: <http://www2.echo.lu/libraries/en/green.html> (Erstellt 1997; zuletzt aufgerufen am 31. Juli 1997)

Hommes 1996

Hommes, Klaus Peter: Homepage, Recherche oder E-Mail?. Möglichkeiten der Internetnutzung durch Öffentliche Bibliotheken. – In: BuB 48 (1997) 6/7, 578–584

Info 2000

Bundesminister für Wirtschaft: Info 2000: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bonn, Februar 1996

Kuhlen 1989

Kuhlen, Rainer: Pragmatischer Mehrwert von Information: Sprachspiele mit informationswissenschaftlichen Grundbegriffen. Bericht 1/89, Universität Konstanz, Informationswissenschaft

Lison-Ziessow 1996

German Studies to the Libraries role in the Information Society. Public Libraries and the Information Society. A Study for the Commission's Libraries Programme (PROLIB/PUBLIC LIBRARIES 10340-wp0-RSL-001. Country Report Germany / by Barbara Lison-Ziessow (Stadtbibliothek Bremen), 1996.

Rat 1995

Rat für Forschung, Technologie und Innovation: Informationsgesellschaft. Chancen, Innovationen und Herausforderungen. Feststellungen und Empfehlungen, Bonn 1996

Stock 1996

Stock, Wolfgang: Die Informationsgesellschaft: Neue Berufe, mehr Beschäftigung?, Köln, Oktober 1996 (Typoskript eines Vortrags beim HWWA in Hamburg im Oktober 1996, 30 S.)

Wiener 1996

Wiener, Oswald: Gesellschaftliche und kulturelle Folgen der Entwicklung zur Informationsgesellschaft. – In: Börsenblatt 69 v. 27. August 1996

Workshop 1996

Danmarks Bibliotekskole: „Öffentliche Bibliotheken und die Informationsgesellschaft“. Hintergrundinformation zum Workshop am 8. Juli 1996 in Luxemburg, Kopenhagen 30. Juni 1996 Elektronische Version unter <http://www2.echo.lu/libraries/de/plis/pliswrks.html> (Erstellt: Freitag, 31. Januar 1997 – 10:58:07 – Letzte registrierte Veränderung: Mittwoch, 19. Februar 1997 – 11:12:57)

ZVEI / VDMA 1995

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) e. V.; Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA): Informationsgesellschaft – Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ergebnisse der ZVEI-VDMA-Plattform, Frankfurt 1995

Anmerkungen:

- ¹⁾ Schriftliche Fassung eines Vortrages beim ekz/dbv-Seminar „Die öffentliche Bibliothek in der Informationsgesellschaft“ am 22. April 1997 in Reutlingen. Letzte Überarbeitung am 3. August 1997
- ²⁾ „Öffentlichen“ ist hier ganz bewußt in Abgrenzung vom Veranstaltungstitel groß geschrieben, da der Organisationstyp angesprochen ist.
- ³⁾ Im folgenden zitiert als Rat 1995. – „Der Rat für Forschung, Technologie und Innovation hat die Aufgabe, sich ein umfassendes Bild über Anwendungen, Problem- und Handlungsfelder in wichtigen Innovationsbereichen zu verschaffen und daraus Empfehlungen abzuleiten. Die Beratungen sind fach- und ressortübergreifend angelegt. ... In der ersten Sitzung des Rates am 22. März 1995 wurde festgelegt, daß als erstes Thema ‚Informationsgesellschaft‘ behandelt wird.“ (Rat 1995:5)
- ⁴⁾ Oberbegriff für neuartige **Produkte und Dienste** (Hervorheb. i. O.) mit den gemeinsamen Merkmalen der interaktiven Nutzung und der integrativen Verwendung von Medienformen auf der Basis der digitalen Technik zur gleichzeitigen Übertragung von Daten, Sprache und Bewegtbild. Dabei können die Dienste massenkommunikativ wirken oder individuellkommunikativen Charakter haben. (Info 2000:15)
- ⁵⁾ Die Bundesregierung gesteht allerdings auch ein, daß in weiten Teilen der Öffentlichkeit das Meinungsbild gegenüber der Informationsgesellschaft noch offen ist. Der Wandel zur Informationsgesellschaft würde zum Teil mit Sorge betrachtet und von Ängsten vor dem „gläsernen Bürger“, der „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ von Informierten und Mcht-Informierten und der zunehmenden Überfrachtung mit Informationen begleitet. Man hat aus den Erfahrungen mit anderen Technologiebereichen gelernt. „Wissensdefizite“ – wie es in Info 2000 heißt – hätten dort dazu beigetragen, „daß eine noch offene Diskussion in Technikskepsis umschwenkt“ (ebd. S. 86). Einer solchen möglichen Entwicklung solle im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft entgegengewirkt werden. Es gelte daher, Chancen und Risiken gleichermaßen zu betrachten und alle gesellschaftlichen Gruppen in die Diskussion darüber einzubeziehen. Neben Gesprächsrunden mit Vertretern der Wirtschaft sowie der Gewerkschaften wurde daher ab 1996 für drei Jahre ein „Forum Info 2000: Gesellschaftliche und kulturelle Herausforderungen der Informationsgesellschaft“ eingerichtet, in dem die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen vertreten sein sollen. Parallel dazu wird mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit darauf hingewirkt, die Bereitschaft zur Mitgestaltung der *Informationsgesellschaft* in der Bevölkerung zu aktivieren und so das Gesamtkonzept zu stabilisieren.
- ⁶⁾ Vgl. z. B. die von Geffers 1997 wiedergegebenen Ergebnisse einer Infas-Studie.
- ⁷⁾ Vgl. Abb. 18 in Info 2000:126.
- ⁸⁾ Vgl. z. B. anders das von der Bertelsmann Stiftung geförderte Projekt „Öffentliche Bibliotheken und Schule – neue Formen der Partnerschaft“ und andere Aktivitäten der Bertelsmann Stiftung im Kontext Öffentlicher Bibliotheken unter <http://www.stiftung.bertelsmann.de>.
- ⁹⁾ Bibliotheken sind im Rahmen dieser bundespolitischen Sicht vor allem wissenschaftliche Bibliotheken, die in einem internationalen, zunehmend virtuellen Dienstleistungsverbund miteinander kooperieren.

- ¹⁰⁾ „Alle Einrichtungen des Bildungswesens und die Personen, die als Forscher, als Lehrende und Lernende in ihnen tätig sind, sind von den neuen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken eröffnen Wissensangebote, die vielfältiger und aktueller sind als die Wissensangebote in herkömmlichen Formen (z. B. Unterricht in Klassen, Vorlesungen) und Medien (z. B. Lehrbüchern) der Wissensvermittlung. Neue Lehrangebote auf allen Stufen des Bildungssystems sind erforderlich. ... Der Wegfall bisher gewohnter räumlicher und zeitlicher Beschränkungen des Zugangs zu Informationen und Wissen eröffnet einerseits neue Möglichkeiten der Wissensvermittlung unter Verzicht auf gleichzeitige Anwesenheit Lehrender und Lernender an einem Ort; sie schafft andererseits einen neuen Bedarf für persönliche Interaktion, jedenfalls aber die Notwendigkeit, diesen Bedarf neu zu definieren.“ (Rat 1995:43f)
- ¹¹⁾ Vgl. hierzu jedoch auch die eher kritischen Ergebnisse der Benton Foundation in ihrer Studie „Buildings, Books, and Bytes“ v. 1996. Einen Überblick zur Studie gibt Dugall 1996.
- ¹²⁾ Die deutsche Vorstudie von 1996 wurde von Frau Barbara Lison-Ziessow (1996) von der Stadtbibliothek Bremen erstellt.
- ¹³⁾ HTM-, WinWord 6- und RTF-Versionen dieses Papiers, das im folgenden unter Workshop 1996 zitiert wird, sind unter <http://www2.echo.lu/libraries/de/plis/pliswrks.html> verfügbar. Bezug für die Zitate ist die WinWord-Version, deren Zählung von S. 18–30 erfolgt.
- ¹⁴⁾ Der Bericht des „Committee on Culture, Youth, Education and the Media“ wurde am 11. März 1997 im Europäischen Parlament debattiert und am 13. März 1997 verabschiedet; vgl. <http://www.europarl.eu.int/dgl/a4/de/a4-96/a4-0325.htm>
- ¹⁵⁾ Diese Sichtweise wurde erfreulicherweise in der ekz-Veranstaltung vom 15. Juli 1997 zum Thema „Lektorieren des Internets? Qualitätssicherung für Benutzer Öffentlicher Bibliotheken“ bestätigt. Vgl. hierzu http://www.dbi-berlin.de/dbi_kool_sekr/oeb_erb/ekz/ekz.htm sowie die in diesem Zusammenhang von Brigitte Rüdiger (DBI) erarbeitete Zusammenstellung zum Thema „Wer sammelt was im Internet? Sammelschwerpunkte von Internetquellen in Öffentlichen Bibliotheken“ unter http://www.dbi-berlin.de/dbi_kool_sekr/oeb_erb/ekz/sammel.htm (Stand 31. Juli 1997).
- ¹⁶⁾ Vgl. beispielsweise Babiak 1997 sowie die Informationsseiten der Kölner Stadtbibliothek unter <http://www.stbib-koeln.de/profi> (Stand der Seite: 1996) aber auch die Angebote des DBI unter http://www.dbi-berlin.de/dbi_kool_sekr/oeb_erb/oeblist.htm#a2.

Vorwort	8
TRENDS DEUTSCHER GROSSSTÄDTE UND IHRER BIBLIOTHEKEN ZUR JAHRTAUSENDWENDE	

Entwicklung der Großstädte und ihrer Bibliotheken <i>Ulrich Moeske</i>	11
---	----

Politikprobleme von Großstadtbibliotheken <i>Reinhard Brenner</i>	17
<i>Hannelore Jouly</i>	20

Trends der Großstadtentwicklung. Soziologie und Ökonomie der Metropolen <i>Hartmut Häußermann</i>	23
--	----

Lesen in der Stadt der Zukunft <i>Klaus R. Kunzmann</i>	40
--	----

Bibliotheken in der Kulturpolitik der Großstädte am Ende des 20. Jahrhunderts <i>Siegfried Hummel, Werner Schneider</i>	60
--	----

Auf dem Weg ins nächste Jahrtausend. Konzepte der Bibliothek von Kopenhagen <i>Børge Sørensen</i>	72
--	----

Die Bibliotheken sind tot – es leben die Bibliotheken! Neue Ansätze für Politik und Management von Großstadtbibliotheken <i>Reinhard Stridde</i>	81
--	----

Welche neuen zentralen Dienste brauchen die Großstadtbibliotheken? <i>Barbara Lison-Ziessow</i>	86
--	----

**ZUKUNFT UND ZUKUNFTSAUFGABEN WISSENSCHAFTLICHER
BIBLIOTHEKEN**

Von der Bücherbewahranstalt zur Informationsvermittlungsstelle <i>Berndt on Egidy</i>	93
--	----

Mittel zum Zweck <i>Klaus Franken</i>	99
--	----

**ÖFFENTLICHE BIBLIOTHEKEN IN DER MULTI-MEDIA-
GESELLSCHAFT**

Trends der Informationsgesellschaft und ihre Konsequenzen für die öffentlichen Bibliotheken <i>Achim Oßwald</i>	105
---	-----

Auf dem Weg in die Zukunft. Die Projekte Telebus und Bürgerinformationssystem. Bericht aus der Stadt Ulm <i>Rolf Johannsen</i>	123
--	-----

Online in öffentlichen Bibliotheken. Vor- und Nachteile verschiedener Online-Zugänge und -Netze <i>Bernhard Hütter</i>	128
--	-----

Online-Dienste einer öffentlichen Bibliothek. Konzeptionelle Entwicklung – Angebote – Partner <i>Christine-Dorothea Sauer und Paul S. Ulrich</i>	136
--	-----

Online-Nutzung in einer kleinen Bibliothek. Das Beispiel Hachenburg <i>Elfriede Ludwig</i>	146
---	-----

LEKTORIEREN DES INTERNETS?

Welche Hilfsmittel gibt es? Ein Überblick über die verschiedenen Suchdienste im Internet <i>Brigitte Rüdiger</i>	150
--	-----

Ein Lektoratsdienst fürs Internet ist sinnlos! <i>Frank Daniel</i>	160
---	-----

Vielleicht kein Lektoratsdienst, aber ... <i>Cornelia Vonhof</i>	164
---	-----

Das Projekt BINE. Bericht aus der Stadtbibliothek Bremen <i>Heidi Best</i>	168
---	-----

ckz-konzepte	175
--------------------	-----

Autorenverzeichnis	178
--------------------------	-----

Trends für Großstadtbibliotheken
Zukunft wissenschaftlicher Bibliotheken
Multi-Media und Internet

ekz